

SEITE 14

## Wie man es nicht machen sollte: Das Beispiel der deutschen Universitätskliniken Giessen und Marburg

# Ein Leuchtturm als Warnfeuer

**Sieben Jahre nach der Privatisierung der deutschen Universitätskliniken Giessen und Marburg zeigt sich: Das einst als «Leuchtturm» gepriesene Projekt ist auf der ganzen Linie gescheitert. Eine Rückübernahme durch das Bundesland Hessen steht trotzdem (noch) nicht zur Debatte.**

Von Christoph Schlatter

«Besichtigung eines Irrtums» schrieb die nicht für Linkstendenzen bekannte Frankfurter Allgemeine Zeitung. Und stellte fest: «Das Grosseperiment <Fusion und Privatisierung zweier Universitätsklinika> ist misslungen. Land und Rhön-Klinikum AG sind aufgefordert, diese Wahrheit zu erkennen und zu reagieren.» Was genau hat sich zugetragen?

### Zum Schnäppchenpreis

Kurz vor Weihnachten 2004 präsentierte der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) einen Plan: Die beiden Universitätsspitäler Marburg und Giessen (siehe Kasten) sollen erstens fusioniert und zweitens privatisiert werden. Damit wollte er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Der Investitionsrückstand war nämlich hoch, besonders am Standort Giessen, wo sich das Spital auf verstreute Pavillons mit oft veralteter Ausstattung verteilte.

Den Batzen, den eine Modernisierung verschlungen hätte, wollte das Land Hessen nicht in die Hand nehmen. Im Gegenteil: Den Aposteln eines schlanken Staates war das Problem willkommener Anlass für ein Privatisierungsexempel, das gleichzeitig die stets klammen öffentlichen Finanzen entlasten würde.

Die Gewerkschaft Verdi meinte zwar, das Land Hessen sei durchaus in der Lage, den Investitionsstau zu beseitigen – alles eine «Frage der Prioritätensetzung»... Der hessische Landtag setzte die Prioritäten aber anders. «Die Ängste der Beschäftigten sowie die Folgen für Lehre und Forschung werden bei den Politikern schnell zur Seite gedrängt, wenn ein Privater mit dem Scheck wedelt», bemerkte Verdi.

Die Kliniken wurden im Juli 2005 fusioniert, im Dezember in eine GmbH umgewandelt und verkauft. Im Januar 2006 stimmte der Landtag auch formell der Veräußerung von 95 Prozent der Anteile an die börsennotierte Rhön-Klinikum AG zu.  
Schnäppchenpreis: 112 Millionen Euro.

Der Vertrag band den neuen Betreiber insofern, als er ihn zu den dringend nötigen Investitionen, unter anderem dem Klinikneubau in Giessen, sowie zur Erhaltung der beiden Standorte für die regionale Gesundheitsversorgung verpflichtete.

## Information per SMS

Wie wenig die Interessen der Beschäftigten in diesem Monopoly zählten, zeigt die Art und Weise, wie der Verkaufentscheid kommuniziert wurde – formal zwar korrekt, indem die Direktbetroffenen tatsächlich vor der Öffentlichkeit informiert wurden... Verdi-Kollegin Marita Kruckewitt erinnert sich an jenen 17. Dezember 2005: «Wir hielten uns in den Räumen des Personalrates auf. Immer in der Nähe diverser Telefone.

Ein Fernsehteam des Hessischen Rundfunks war auch da. Die wollten natürlich gern filmen, wenn die Nachricht kam. Wir wussten, dass die Landesregierung für 13 Uhr eine Pressekonferenz angesetzt hatte. Also mussten die Beschäftigten doch vorher informiert werden. Wir warteten. Bei jedem Klingeln des Telefons brachten die Fernsehleute ihre Kameras in Position, aber es kamen nur Anrufe von Beschäftigten und Personalratsmitgliedern beider Standorte, die wissen wollten, ob es schon etwas Neues gebe.

Dann, um 7 Minuten vor 13 Uhr, klingelte das Handy. Per SMS wurde mitgeteilt, dass die Rhön-Klinikum AG den Zuschlag bekommen habe. Näheres sei einer E-Mail zu entnehmen, die noch gesendet werde.» Kurze SMS, lange Folgen: Kompliziert wurde die Angelegenheit wegen der unterschiedlichen Beschäftigtenkategorien.

Das wissenschaftliche Personal – also die Ärzteschaft – blieb beim Land Hessen angestellt und wird bis heute dem Klinikum sozusagen ausgeliehen. Dagegen wurden die übrigen Beschäftigten dem neuen Arbeitgeber zugeteilt. Das wollten nicht alle hinnehmen: Einige wehrten sich mit Unterstützung von Verdi juristisch.

Sie bekamen auch recht – wenn auch spät. Das Bundesverfassungsgericht verlangte (aber eben erst 2011) explizit, dass die Möglichkeit zur Rückkehr in den Landesdienst eingeräumt werde. In der Praxis half das nur wenigen, weil es die passenden Arbeitsplätze beim Land Hessen ja längst nicht mehr gab.

Analyse Verdi: Hessen lässt die Beschäftigten – trotz eiligst zusammengeschustertem «Gesetz zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte» – «mit dem ganzen Salat alleine». «Salat», in der Tat: Ganz offensichtlich hatten Koch & Co. die rechtlichen Fährnisse der Privatisierung unterschätzt. Ebenso unerfüllt blieben die Phantasien der privaten Betreiber.

Die Rhön-Klinikum AG hatte sich wohl verrechnet. Die vereinbarten Bauten wurden zwar erstellt. Aber das Geld sprudelte nicht wie erhofft. Warum? Marktmechanismen funktionieren im Gesundheitswesen nur sehr beschränkt, bei einem Unispital noch viel weniger. Wer kurzfristigen Profit sucht, guckt in die Röhre.

Man kann für teuer Geld Ärztinnen und Ärzte ausbilden – wenn sie dann nicht bleiben, sondern in die Welt hinausziehen, ist das ein Verlustgeschäft. Grundlagenforschung liefert womöglich erst nach Jahrzehnten eine Rendite. Niederschmetternd war auch die Evaluation des Wissenschaftsrates 2009: Sie ergab, dass die Lage der Universitätsmedizin an beiden Standorten «höchst bedenklich, wenn nicht sogar katastrophal» sei. Vom grossspurig angekündigten neuen Schwerionen-Bestrahlungszentrum war noch kein einziges Partikel in Sicht.

## Aufstand einer Region

So setzte die Rhön-Klinikum AG dort an, wo sie auf biegsame Positionen traf. Auf der Ertragsseite: Steigerung der Patientenzahlen und des Anteils der schweren Fälle, was unter dem eben eingeführten fallbasierten Abrechnungssystem DRG Mehreinnahmen

generiert (auch wenn es die Leute nicht gesünder macht).

Und bei den Ausgaben: das Personal ... Es sollte die Zeche zahlen: Weniger Leute für mehr Fälle. Mehr Druck. Mehr Stress. Das spiegelte sich auch in den Tarifverhandlungen. Zwar gelang es dem neuen Gesamtbetriebsrat, den Personalbestand etwa in Küche und Wäscherei vorerst zu sichern, aber der Arbeitgeber drängte auf «marktgerechtere» Abschlüsse.

Eine erste Personalabbauwelle 2006 verlief noch einigermaßen gesittet. Eine zweite, bei der auch die betriebseigene Wäscherei geschlossen wurde, führte 2011 zum Aufstand einer ganzen Region. Gegen den Abbau von mutmasslich 500 der 9000 Angestellten formierte sich, unter Führung von Verdi und des Betriebsrats, ein breites Bündnis.

Es kam zu Demos und zu monatelang andauernden «Montagsgebeten»; 52 000 Unterschriften wurden gesammelt, und die Chefärztinnen, ja sogar die Klinikdirektoren schlossen sich den Forderungen im Kern an.

Der Verschleiss zahlreicher Geschäftsführer – gipfelnd in einem Komplettaustausch der kaufmännischen Leitung – brachte keine Lösung des strukturellen Problems: Aus Marburg und Giessen haben die Rhön-Aktionäre kaum Profit gezogen. Das Jahr 2011 wurde mit einem Minus in zweistelliger Millionenhöhe abgeschlossen, 2012 sackte der Gewinn des gesamten Konzerns um 40 Prozent ab.

### **Ein abschreckendes Beispiel**

Beinahe hätte das Land Hessen tatsächlich die vertragliche Möglichkeit erhalten, die Kliniken zurückzuholen (woran es allerdings, noch immer CDU-regiert, gar kein Interesse zeigte). Ein Besitzerwechsel – die Übernahme der Rhön-Kliniken durch den Fresenius-Konzern – hätte den Rückkauf erlaubt.

Es kam nicht dazu. Trotzdem ist der Staat wieder gefragt; er «darf» zusätzliche Landesmittel einspeisen. «Wenn man sich all die Probleme und ungelösten Fragen anschaut, die bei der Privatisierung der Universitätskliniken aufgeworfen wurden und noch werden, kann man nur jeder Landesregierung davon abraten, Ähnliches auf den Weg zu bringen», bilanziert die Kollegin Kruckewitt. Immerhin: Solch abschreckende Wirkung hat der hessische «Leuchtturm» in der Tat entfaltet; an ein Unispital hat sich kein Privatisierungsturbo mehr gewagt.

---

### **Marburg und Giessen**

Marburg und Giessen sind zwei Nachbarstädte an der vielbesungenen Lahn im deutschen Bundesland Hessen. Beide sind – mit je 80 000 Einwohnerinnen und Einwohnern – keine Grossstädte, besitzen dafür aber umso grössere Tradition als Unistandort. Die Philipps-Universität in Marburg wurde 1527 als zweite protestantische Universität überhaupt gegründet.

Die Universität in Giessen, etwa 30 Kilometer lahnabwärts, ist nur 80 Jahre jünger und nennt sich nach ihrem berühmtesten Wissenschaftler, dem Chemiker (sowie Fleischextrakt- und Backpulver-Erfinder) Justus Liebig. Da wie dort hat die Uni enorme Bedeutung für Identität und öffentliches Leben. Der Spruch «Andere Städte haben eine Universität – Marburg ist eine», gilt sinngemäss auch für Giessen.

In beiden Städten gibt es (nicht zuletzt der vielen Studierenden wegen) satte

rot-grüne Mehrheiten. Im Gegensatz dazu wird das Land Hessen seit 1999 konservativ regiert – was die Landtagswahl vom September 2013 Umfragen zufolge wieder ändern könnte. (slt)

© **Infonlinemed**